

## Die politischen Aspekte der atlantischen Beziehungen

Vortrag gehalten von Generalsekretär A. Weitnauer  
an der Botschaftertagung am Freitag, 3. September 1976

Wer von atlantischen Beziehungen spricht, hat - konkreter ausgedrückt - das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa vor Augen. Dieses Verhältnis geht auf den letzten Krieg zurück, als es Amerika war, das durch seine militärische Intervention der Gewaltherrschaft des nazistischen Deutschland ein Ende setzte. Damit konnten zum mindesten in einem Teil unseres alten Kontinents demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse wiederhergestellt werden. Dieser politischen Hilfe, wenn man so sagen kann, folgte die wirtschaftliche auf dem Fuss. Wiederum waren es die USA, die 1948 durch den Marshall-Plan die Gesundung der europäischen Wirtschaft und der europäischen Währungen einleiteten und so Westeuropa einer materiellen Blüte ohnegleichen zuführten. Der militärischen Absicherung Westeuropas diene - und dient noch heute - der Anfang 1949 abgeschlossene Nordatlantikpakt, der gleichsam nach altrömischem Vorbild die Grenzen unserer Welt gegenüber in jeder Beziehung unwirtlicheren Gefilden schützt.

Dies ist das Bild, das Amerika heute wie vor dreissig Jahren allen denjenigen bietet, die nicht von Illusionen, Vorurteilen oder gar Gefühlen der Abneigung und des Hasses gegenüber dem Protektor unserer bürgerlichen Freiheiten und unseres wirtschaftlichen Wohlstandes gepeinigt sind. Dass in diesem Zusammenhang der Schweiz mit ihrer Politik der immerwährenden und bewaffneten Neutralität eine Sonderrolle zukommt, ist selbstverständlich. Dies sollte für uns den Eindruck wesentlich mildern, den die eben geschilderte Lage für einen selbstbewussten, der ruhmreichen Geschichte unseres Kontinents

./.

- 2 -

eingedenken Europäers doch auch haben muss: den Eindruck einer gewissen Demütigung darüber, von einer uns zwar befreundeten und verwandten, aber doch nichteuropäischen Supermacht jenseits des Atlantik abhängig zu sein.

Ich will hier nicht im einzelnen analysieren, was nun seit einem Vierteljahrhundert alles getan worden ist, um der politisch nicht eben erfreulichen Lage, in der sich Westeuropa befindet, abzuhelpen. Der Gedanke der europäischen Einigung, der Schaffung eines europäischen Bundesstaates, wurde in die Welt gesetzt, ohne dass er die Früchte getragen hätte, die man sich von ihm versprach. Die Europäischen Gemeinschaften in Brüssel helfen sich in der einzigen wirklich entscheidenden Frage des sogenannten "qualitativen Sprungs" - des Uebergangs von einer beschränkten Allianz souveräner Staaten zu supra-nationalen Herrschaftsformen - weiter von Verlegenheit zu Verlegenheit. Von den EG-Mitgliedstaaten hat Frankreich versucht - vor allem unter dem Regiment der ragenden Gestalt des Generals de Gaulle und mit schwindender Ueberzeugungskraft unter seinen Nachfolgern - die Rolle machtpolitischer Selbständigkeit zu spielen. Und doch ist die politische Landschaft in Europa recht flach geworden, ohne feste Umrisse, ohne Pfeiler, die in den europäischen Boden gerammt würden, um die Konturen eines stolzen und kraftvollen Unternehmens europäischer Eigenständigkeit abzu- stecken.

Will man Europa und das, was es heute unter dem Gesichtspunkt der atlantischen Beziehungen wirklich ist, richtig erkennen und richtig einstufen, so tut man am besten, es vom andern Ufer des Atlantik her zu betrachten. Hier zunächst ein Wort zum Leiter der aussenpolitischen Geschicke Amerikas, Staatssekretär Henry Kissinger. Man sollte nie vergessen, dass Kissinger von Haus aus Historiker ist, und die Kabinettpolitik nach Abschluss des Wiener Kongresses 1815 das Lieblingsgebiet seiner Forschungen darstellt. Er hat nie ein besseres Buch geschrieben als sein erstes, betitelt "A World Restored", in dessen Mittelpunkt

./.

Metternich steht, der im Zusammenwirken namentlich mit dem britischen Aussenminister Castlereagh das System des europäischen Gleichgewichts - auch "Europäisches Konzert" genannt - zu einer lebendigen Wirklichkeit machte. Aber Kissinger verweist auch darauf, dass Metternich nach dem Tode Castlereaghs 1822 und der Amtsübernahme durch den eher weltpolitisch orientierten Canning\* grosse Mühe hatte, sein Werk weiterzuführen. Es braucht - nach Kissingers These - die schöpferische Spannung zwischen mindestens zwei gleichwertigen Polen, um in einem gegebenen machtpolitischen Raum Ordnung, Sicherheit und Frieden zu gewährleisten.

So sah sich denn, seinem Vorbild getreu, der zum Aussenminister der ersten Weltmacht gewordene Historiker Henry Kissinger nach einem Partner Amerikas um - einem Partner von Format. Man kann ohne Uebertreibung sagen, dass er ihn nicht in Europa gefunden und vielleicht auch gar nicht gesucht hat. Sein Partner ist die andere Supermacht, die Sowjetunion, und bis zu einem gewissen Grade China. Hier liegt der Ursprung der Politik der Détente, in deren Rahmen China die Rolle zukommt, Amerikas Stellung gegenüber Sowjetrußland zu stärken und so das Gleichgewicht - dieses Zauberwort für jeden Schüler Metternichs - in der modernen Welt überhaupt, der "one world" unserer Tage, zu sichern.

Was aber bleibt unter diesen Umständen für Europa zu tun oder zu sein übrig? Gewiss ist es für die Vereinigten Staaten in einem bestimmten Sinne noch immer der wichtigste Verbündete. Europa ist, strategisch gesprochen, das Glacis, das Vorfeld an der Westgrenze des sowjetischen Imperiums. Der Atlantikpakt dient der Organisation der gemeinsamen Verteidigung dieser Grenze, nicht mehr. Die europäischen Alliierten Amerikas nehmen keinerlei Anteil an der Gestaltung der die ganze Welt umspannenden politischen Strategie Amerikas. Sie werden nicht konsultiert, höchstens orientiert. Es gibt keine zwischen Amerika und Europa koordinierte Politik z.B. gegenüber dem Mittleren Osten, Australafrika oder Südostasien. Und dabei ist doch das Mittelmeer seit jeher das "mare nostrum" Europas gewesen! Kissinger konnte somit in seiner berühmten Rede vom

---

\*) Ich erinnere an Cannings berühmtes Wort: "I called the new world into existence to restore the balance of the old."

- 4 -

April 1973 nicht ohne Grund sagen: "America has global, Europe has regional interests". Diese summarische, von den Europäern als ziemlich brutal empfundene Formulierung hat damals zu einer eigentlichen Krise in den atlantischen Beziehungen geführt. Sie wurde zwar durch die Erklärung von Ottawa 1974 in der Form überwunden, und zweifellos hat sich das Verhältnis zwischen den Alliierten diesseits und jenseits des Atlantik inzwischen weiter verbessert und entspannt.

Dennoch besteht zwischen Amerika und Europa nach wie vor keine volle Partnerschaft. Dabei ist es nicht so, dass Amerika eine solche Beziehung nie gewünscht oder gesucht hätte, im Gegenteil. Amerika hat - lange vor der Aera Kissinger - sehr viel politisches und auch emotionales Kapital in den Gedanken der Einigung Europas in Gestalt eines Bundesstaates investiert. Die Formel "uniting Europe" blieb während vieler Jahre der Ausdruck höchst realer Erwartungen der amerikanischen Politik. Man war auch bereit, dafür einen gewichtigen Preis zu bezahlen, nämlich den inzwischen von der erweiterten EWG verwirklichten industriellen Freihandel unter den neun Mitgliedstaaten, von dem Amerika ausgeschlossen bleibt. Bezeichnenderweise war ein nicht unbeträchtlicher amerikanischer Widerstand zu überwinden, als es darum ging, diese Zone freien Handels auch auf die nichtbeitretenden EFTA-Länder zu erstrecken. So wird denn die amerikanische Ausfuhr heute von den Europäern diskriminiert, ohne dass das Gegenstück dazu, das politisch geeinte Europa, Wirklichkeit geworden wäre.

Man wird sich deshalb als Europäer nicht weiter wundern dürfen, dass die Amerikaner in ihrem weltpolitischen Planen und Wirken Europa übersehen und bisweilen auch über europäische Interessen hinwegschreiten. Allerdings gibt es von dieser Regel Ausnahmen, allgemeine und spezifische. Das Allgemeine und das Spezifische konvergieren im Falle Grossbritanniens, mit dem Amerika, durch die Bande der Tradition und Sprache erleichtert, ständige Kontakte hält. Immer und immer wieder kann man lesen, dass sich Staatssekretär Kissinger auf der Rückkehr von dieser

./.

oder jener Reise in London - manchmal auch auf dem Londoner Flugplatz - mit dem britischen Aussenminister getroffen hat. Für die Angelegenheit Rhodesien sind solche Konsultationen ohnehin deshalb notwendig, weil London für dieses Land völkerrechtlich noch immer ein Mass an Verantwortung trägt.

Was die Bundesrepublik Deutschland betrifft, sind die Beziehungen mit Amerika schon von Adenauers Zeiten her immer recht intensiv gewesen. Auch hier mag eine gewisse historische Affinität mitspielen. Vor allem aber ist es die wachsende wirtschaftliche und auch militärische Macht Deutschlands als Amerikas Bündnispartner, die der Republik von Bonn in Washington zunehmenden, wenn auch begrenzten Einfluss sichert.

Das Verhältnis zu Frankreich ist ambivalent. Die Pariser Regierung ist, wie ich schon andeutete, in Westeuropa die einzige, die den Anspruch erhebt, von Amerika in jeder Beziehung unabhängig zu sein. Dieser Anspruch wurde von de Gaulle und auch von Pompidou mit einer gewissen Arroganz zur Schau getragen, während sich unter dem heutigen französischen Staatspräsidenten die Atmosphäre wesentlich verbessert hat. Trotzdem versucht Frankreich auch jetzt noch eine Art Gleichgewichtspolitik zu betreiben, die in einer betonten Eigenständigkeit zum Beispiel gegenüber Russland, aber auch China, Japan und natürlich der afrikanischen Welt ihren Ausdruck findet. Bezeichnend dafür ist, dass auch Präsident Giscard d'Estaing nicht an eine Rückkehr Frankreichs in das Verteidigungssystem der NATO denkt. Man wird wohl mit der Annahme nicht fehl gehen, dass im Kalkül der grossen Weltmächte Frankreich nicht ganz das Gewicht hat, das es sich selbst gerne zuschreiben möchte, mag auch gerade Washington die Beziehungen zu Paris sorgsam pflegen.

Abgesehen davon aber ist unverkennbar, dass Washington Probleme, die in Europa auftreten, kaum anders behandelt als krisenhafte Zuspitzungen sonst in der Welt. Auf Staatssekretär Kissingers Schreibtisch erscheint bald die Akte Portugal oder

- 6 -

Spanien oder Griechenland oder Italien und dann wieder, ohne Unterschied der Betonung, Lateinamerika, Australafrika, Japan, China, Korea und was immer sonst das aussenpolitische Denken und Sorgen Washingtons beschäftigen mag. Man kann sagen, dass eine Situation immer dann der besonderen Aufmerksamkeit Amerikas gewiss sein darf, wenn das Stichwort "kommunistische Gefahr" auftaucht: Italien ist ein Beispiel dafür.

Natürlich gibt es Probleme, die Amerika mit Europa im höheren Grade gemeinsam hat als mit anderen Weltteilen. Ich denke hier u.a. an die Europäische Sicherheitskonferenz von Helsinki und Genf. Von Amerika während ihrer Durchführung lange vernachlässigt oder gar mit schelen Augen angeblickt, wird ihr Ergebnis neustens von Washington etwas ernster genommen, seit der Zeitpunkt der Vorbereitung der Belgrader Konferenz näher rückt. Dennoch haben Unternehmungen wie SALT und MBFR, die Amerika direkt mit seinem ersten Partner, der Supermacht Sowjetunion, in Verbindung bringen, für die USA ein ungleich grösseres Gewicht. In ihnen und nicht in der Bestandesaufnahme über die Schlussakte von Helsinki wird sich entscheiden, ob Amerika und mit ihm die westliche Welt konkrete Fortschritte auf eine bessere Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit gemacht haben.

Nachdem die Dinge so sind, wie sie sind, kam es etwas überraschend, dass ausgerechnet Staatssekretär Kissinger in seiner Rede vor dem OECD-Ministerrat vom 21. Juni ein Zusammenwirken zwischen Amerika und seinen europäischen Partnern in der Entwicklung des Wirtschaftsaustausches mit der Sowjetunion und dem übrigen Osteuropa angeregt hat. Kissinger mag hier doch herausgespürt haben, wie nützlich es sein könnte zu verhindern, dass in einem Unternehmen von derart grossen Dimensionen die einzelnen interessierten Länder in aufgelöster Ordnung vorwärtsschreiten. Bezeichnenderweise haben sich aber gegen Kissingers Initiative Bedenken nicht nur in der OECD selbst gemeldet, sondern auch unter seinen eigenen Mitarbeitern des amerikanischen Staats-

./.

- 7 -

departements. Man ist dort heute eher bemüht, die Bedeutung des amerikanischen Vorstosses herabzuspielen und der Koordination zwischen Amerika und Europa in dieser Frage Grenzen zu setzen. Wiederum kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Amerika am Ende doch zur Einsicht gelangen wird, allein stärker zu sein oder jedenfalls seine Interessen einfacher und problemloser vertreten zu können als im Benehmen mit seinen europäischen OECD-Partnern.

Das Bild, das ich hier vor Ihnen aufmachte, weist für Europa etwas melancholische Züge auf. Der grosse Bruder jenseits des Atlantik, dem ja zwangsläufig die Rolle zufällt, an erster Stelle und mit dem grössten Gewicht für den Westen zu handeln, entspricht - mag er es noch so sehr zu verbergen und abzdämpfen suchen - doch etwa Goethes Definition des Mannes der Tat: "Der Handelnde ist gewissenlos". Jedenfalls glaubt Amerika - im Augenblick zum mindesten -, sich angesichts der zahlreichen schwierigen Probleme der Weltpolitik ein zu zartes Gewissen gegenüber den Empfindlichkeiten der Länder Europas nicht leisten zu können.

Die Frage stellt sich, ob dies so bleiben muss und wird. In Amerika stehen ja Wahlen bevor, und Jimmy Carter hat, wenn die Meinungsforscher recht behalten, gute Aussichten, das Rennen zu machen. Wir haben in den letzten Wochen einiges über Carters aussenpolitische Ueberzeugungen und Absichten gehört, desgleichen auch über die seines Hauptberaters auf diesem Gebiet, Zbigniew Brzezinski, des berühmten, romantikumwitterten Professors der politischen Wissenschaften an der Columbia University. Carter hat bekanntlich in der Rede, mit der er die Präsidentschaftskandidatur der demokratischen Partei annahm, erklärt, er gedenke, eine "Aussenpolitik des Volkes und mit dem Volke" zu machen, dies eine klare Absage an die Kabinettpolitik Kissingers. Und er hat inzwischen beigefügt, dass er eng mit Amerikas Alliierten in der Welt, mit den Lateinamerikanern, den Europäern und den Japanern zusammenzuarbeiten beabsichtige. "Die Botschaft hör' ich wohl,

- 8 -

allein mir fehlt der Glaube" - ist dies der etwas zynische Kommentar, der sich aufdrängt? Ich selbst würde nicht von Zynismus sprechen, sondern einfach meine Zweifel darüber anmelden, ob eine Aussenpolitik des Volkes und eine systematische Absprache jedes Unternehmens der Aussenpolitik Amerikas mit seinen Gesinnungsfreunden im Ausland überhaupt möglich ist. Ich fürchte - oder sagen wir: ich erwarte ganz einfach - dass die Eigengesetzlichkeit der aussenpolitischen Dinge sich auch unter Carter sehr bald wieder durchsetzen würde, vor allem die Tatsache, dass die Aussenpolitik eine kühle Kunst ist, dass nicht die Emotionen, sondern das nüchterne Kalkül sie tragen, dass sie, wenn sie wirksam sein will, langfristig angelegt sein muss, abstrahiert von den Gefühlen und scheinbar unwiderstehlichen Imperativen des Augenblicks. So würde denn, wenn ich recht behalte, Europa auch unter einem Präsidenten Carter keine sensationelle Aufwertung im weltpolitischen Geschehen erleben. Doch warten wir ruhig ab; auch ist ja keineswegs auszuschliessen, dass der nächste Präsident und der nächste Staatssekretär Ford und Kissinger heissen.....

Es ist wohl fruchtbarer, wenn ich abschliessend abzuschätzen versuche, welche Möglichkeiten Europa für sich allein zur Verfügung stehen, um sich in der Welt die ihm gebührende Stellung zurückzugewinnen. Denn Europa nennt immer noch ausserordentlich viel sein eigen, nicht nur stolze Traditionen, sondern eine Fülle von Hilfskräften und Talenten, die nur auf ihre Stunde warten. Vielleicht war es ein Irrtum, die europäische Einigung - oder auch nur ein besseres Zusammenspiel der Energien Europas - von oben her und mit juristischen Organisationsformen zu versuchen. Vielleicht ist der "schweizerische Weg" doch der richtige, d.h. dasselbe Ziel von unten her, durch ein organisches Wachstum, mit einem politischen Blickpunkt und mit politischen Methoden anzustreben. Ich glaube, dass der weltpolitische Winterschlaf, in die unser alter Kontinent versunken zu sein scheint, eben nur scheinbar ist. Es sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Europa grosse Umschichtungen in allen Lebensbereichen vor sich

./.



gegangen. Es waren und sind in einer ganzen Reihe von Ländern Probleme von fundamentaler Bedeutung zu lösen. Ich denke - nur als Beispiele - an den Prozess der Demokratisierung in Portugal und in Spanien, an das Wiederaufleben eines selbstbewussten Regionalismus wiederum in Spanien, aber auch in Grossbritannien, Belgien, ja sogar in Frankreich und Italien - alles Probleme, die eine so subtile Behandlung erfordern, dass ihnen mit supranationalen, von klugen Technokraten ausgedachten Konzepten beizukommen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die politischen Strukturprobleme Portugals z.B. können - trotz aller Sympathiekundgebungen von aussen - im wesentlichen nur durch Portugal selbst gelöst werden, und dasselbe gilt für die wirklichen Lebensfragen aller anderen europäischen Länder.

Ich weiss wohl, dass es mit der Wirtschaft anders ist, dass die zunehmende wirtschaftliche Interdependenz in Europa - und nicht nur in Europa - immer dringender gemeinsames Planen und gemeinsames Handeln erfordert. Dieser offenkundigen Notwendigkeit steht aber wiederum ein ebenso offenkundiges Hindernis entgegen, das auch wieder mit der Besonderheit und Eigenpersönlichkeit der europäischen Nationalstaaten zu tun hat. Ich denke dabei vor allem an das Verhältnis zwischen den einzelnen Wirtschaftsträgern - den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern, den Bauern, den Gewerbetreibenden, den Angehörigen der freien Berufe - und ihrer aller Einstellung zum Staate, zur Obrigkeit. Das soziale Klima, wie man es nennen könnte, entscheidet mehr als jedes andere Element über die wirtschaftliche Gesundheit eines Landes. Ein untrügliches Thermometer hierfür sind so alltägliche Dinge wie der Zustand der Landeswährung und der Umgang des Bürgers mit seinem Vermögen. Es gibt Länder, aus denen das Kapital flieht und andere Länder, in die man es zu retten versucht. Die eine Währung flottiert unentwegt nach oben, die andere nach unten. Die Solidarität auch der liebsten Freunde in der Völkergemeinschaft vermag letztendlich nicht über die einfache Tatsache hinwegzuhelfen, dass jeder Staat zunächst sein eigenes Haus in Ordnung bringen muss. Ich glaube, dass ich

genug gesagt habe und es für jedermann klar ist, worauf ich hinaus will: nämlich, dass auch auf wirtschaftlichem Gebiet in Europa Wachstumskrisen, Strukturbereinigungen und andere, nicht immer ganz überschaubare Entwicklungen im Ablaufen sind, deren Ausgang abgewartet werden muss, bevor auch die "kranken" Länder ihre Rolle im gesamteuropäischen Zusammenhang wieder voll spielen können. Ein Ueberspielen dieser Schwierigkeiten hat sich, wie ich bereits sagte, als unmöglich erwiesen. Es gibt keinen technokratischen Trick, der eine historische Entwicklung ersetzen könnte.

Aber es sind in Europa auch hoffnungsvolle Anzeichen dafür zu vermerken, dass die mannigfachen innereuropäischen Krisenerscheinungen in einen Heilungszustand übergehen könnten. So hat sich - immer mit dem Blick auf die atlantischen Beziehungen - das Bewusstsein der strategischen Imperative im europäischen Raum eher verbessert. Amerika findet Partner, die sich gegenüber der evidenten Wünschbarkeit grösserer Verteidigungsanstrengungen auch Europas, der Harmonisierung der Waffenproduktion, der Arbeitsverteilung im Verteidigungsdispositiv aufgeschlossener zeigen, als es auch schon der Fall war. In der Handelspolitik herrscht mehr Einsicht in die Notwendigkeit, den üblichen Kleinkrieg gerade zwischen den Vereinigten Staaten und den Europäischen Gemeinschaften über Einfuhrsperren und -kontingentierungen, die bald dieses, bald jenes Produkt betreffen, nicht ins gute Tuch gehen zu lassen. Auch für die Vorbereitung der sogenannten Tokio-Runde, d.h. der neuen multilateralen Handelsvertragsverhandlungen im Gefolge der Kennedy-Runde, wird in der Zusammenarbeit zwischen den westlichen Hauptmächten alles nur Mögliche getan (mit ungewissen Erfolgsaussichten). Dass die Koordination zwischen Amerika und Europa insgesamt doch zu wünschen übrig lässt, zeigt die Nord-Süd-Problematik. An der Pariser Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit wäre viel durch ein näheres Zusammenrücken der acht dort vertretenen Industrieländer (einschliesslich der EG als Gemeinschaft) gewonnen, und die den Amerikanern

- 11 -

an der UNCTAD-Konferenz in Nairobi zugestossene Panne  
- Ablehnung des amerikanischen Vorschlags einer Internationalen Rohstoffbank durch ein Zufallsmehr - wäre vermeidbar gewesen. Es ist gewiss auch bedauerlich, dass die Währungsproblematik, um auch sie noch zu erwähnen, nicht mit der an sich gebotenen Entschlossenheit angepackt wird; aber hier fallen wir wiederum auf den disparaten Charakter der europäischen Volkswirtschaften untereinander und in ihrem Verhältnis zu Amerika zurück, die nicht durch europäische oder atlantische Dekrete aus der Welt geschafft werden können. Es ist auch daran zu erinnern, dass die amerikanische Wirtschaft die eines Kontinents ist, für welche der Aussenhandel angesichts der ungeheuren Dimensionen des inneren Marktes eine nur beschränkte Rolle spielt. Und für den amerikanischen Konsumenten hat die Kaufkraft des Dollars sich nur gerade um das Ausmass der - nicht sehr beträchtlichen - inneramerikanischen Inflation vermindert; vom Absinken des Dollars auf den internationalen Devisenmärkten ist sie kaum berührt worden.

Es fällt mir schwer, meine Eindrücke in ein bündiges Schlusswort zusammenzufassen. In Washington werden die Beziehungen zu Europa als normal, ja freundschaftlich bezeichnet; dasselbe gilt, nachdem der Vietnamkrieg der Vergangenheit angehört, in der umgekehrten Richtung. Auf beiden Seiten aber ist ein beträchtliches Quantum an Resignation in dieses Urteil eingeschlossen, in Amerika die Einsicht, dass Europa nicht zu dem Partner geworden ist, den man sich gewünscht hätte, in Europa der schwindende Ehrgeiz, es den Amerikanern an Macht und Einfluss gleich zu tun. Und doch wird man sagen dürfen, dass nichts verloren ist. Die Zukunft gehört niemand. Europa wird im Laufe der kommenden Jahre von Amerika genau so ernst genommen werden, wie es sich selbst nimmt. Setzen wir für einen Augenblick voraus, dass der Abschluss der schwierigen Umstellungsprozesse in so vielen wichtigen europäischen Ländern dereinst - und hoffen wir bald - eine Ausgangslage schaffen wird, die der gemeinsamen und wirksamen Vertretung der Interessen Europas dienstbar gemacht

./.

werden kann. Es werden dann Formeln gefunden werden müssen, die es allen erlauben, mitzuwirken, den Kleinen und den Grossen, den in einem Bündnis Vereinten und auch den Neutralen. Doch machen wir uns keine Illusionen. Es geht endgültigeren um ein Problem der Ausübung von Macht und Herrschaft. Das gleichberechtigte Zusammenwirken der Grossmächte und der Kleinstaaten ist nicht ins Stammbuch der europäischen Geschichte geschrieben. Der nationale Egoismus hat in allen Mitgliedern der europäischen Völkerfamilie starke, im Irrationalen verhaftete Wurzeln. Und die Versuchung ist immer vorhanden, mit der Supermacht jenseits des Atlantik exklusive Sonderbeziehungen - die Briten nannten dies früher "special relationship" - zu knüpfen und zu pflegen. Angesichts so vieler Vorbehalte ist es eine offene Frage, welche Entwicklung gerade ein Land wie das unsere wirklich wünschen kann. Die wirtschaftliche und politische Gesundung ihrer europäischen Partner gewiss, den Fortgang des Prozesses der internationalen Entspannung gewiss, wenn er nicht auf Kosten des weltpolitischen Gleichgewichts geht. Alles andere liegt im Dunkel der Zukunft, das zu durchdringen ich mich nicht unterfange.